

**Zeitschrift:** Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum  
**Herausgeber:** Forum Helveticum  
**Band:** 11 (2002)  
  
**Artikel:** Die Zeit ist reif für eine europäische Verfassung  
**Autor:** Krause, Arno  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-832891>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## DIE ZEIT IST REIF FÜR EINE EUROPÄISCHE VERFASSUNG

Arno Krause

Unser dreiteiliger Konferenzzyklus wurde von drei Mitgliedern der Internationalen Föderation der Europa-Häuser (Fédération Internationale des Maisons de l'Europe – FIME) organisiert. Die FIME wurde 1962 unter der Schirmherrschaft des Europarats in Strassburg gegründet und ist inzwischen von fünfzehn Einrichtungen in fünf Ländern auf nahezu 130 in 32 Staaten angewachsen. Die ausserschulischen, politisch und organisatorisch unabhängigen Mitglieder dieser Föderation haben es sich zum Ziel gesetzt, die Bürgerinnen und Bürger Europas über Europapolitik generell sowie über europapolitische Strukturen und Entwicklungen zu informieren, um sie zu einer konstruktiv kritischen Beteiligung an politischen Prozessen zu ermutigen. In ihrer Arbeit passen die Mitglieder der FIME ihre Methoden stets ihrer Zielgruppe und ihre Themen stets dem jeweiligen Bildungs- und Informationsbedarf und den aktuellen Entwicklungen an.

Wenn man heute die Stichworte «Bildungs- und Informationsbedarf der Bürger» mit «aktuelle Entwicklung» kombiniert, so kommt man sehr rasch auf das Thema, dem auch unser Konferenzzyklus gewidmet ist: die Zukunft der Europäischen Union, die Arbeit des Europäischen Konvents, die Verfassungsdiskussion und vor allem die Möglichkeit, von einem bereits seit Jahrhunderten bestehenden, höchst erfolgreichen Modell – der Schweiz! – zu lernen.

Die Einigung Europas, die bisher massgeblich von visionären Politikern vorangetrieben bzw. von nationalen Regierungen mitgestaltet wurde, war bisher von zwei gegenläufigen Überlegungen gekennzeichnet. Einerseits wird von niemandem bestritten, dass innerhalb der Union ein bestimmtes Mass an Gemeinsamkeiten, an Einheit und an Übertragung von Souveränität herrschen muss, damit die Union handlungsfähig bleibt und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger agieren kann. Andererseits hat gerade auch das Zögern und die Unentschlossenheit auf den Gipfeln von Amsterdam und vor allem von Nizza verdeutlicht, dass die Nationalstaaten nach wie vor nicht Willens oder in der Lage sind, in Schlüsselbereichen Kompetenzen zu übertragen.

Erfreulich ist dabei, dass es der Union doch gelungen ist, in vielerlei Hinsicht Kompromisse zu schliessen, so dass sie nach wie vor trotz des Einstimmigkeitsprinzips, mit dem Beschlüsse gefasst werden müssen, Institutionen und Rechts-

vorschriften begründen konnte. Erfreulich sind auch die grossen «Etappenziele», wie die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Schaffung des Binnenmarktes und die Einführung des Euro, die bewiesen haben, dass die Union – trotz ihrer unflexiblen Strukturen – Europa wachsende Einheit, Frieden, Stabilität und Wohlstand beschert hat.

Ob man dies begrüsst oder ablehnt: Tatsache ist, dass die Europapolitik immer stärker in das Alltagsleben der Menschen eingreift, oft ohne dass die Bürgerinnen und Bürger sich dieser Tatsache in ihrem vollen Umfang bewusst sind. Nur ein Beispiel: Wer weiss schon, dass inzwischen über die Hälfte der wirtschafts- und innenpolitischen Richtlinien und Gesetze, die in den EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden, eigentlich in Brüssel ausgehandelt werden? Wer weiss, wie die Institutionen arbeiten, und woher es kommt, dass sie derzeit bis nahezu zur Funktionsuntüchtigkeit überlastet sind? Wer kann sich zielbewusst – und nicht von diffusen Ängsten überschattet – Gedanken darüber machen, wie die Zukunft Europas aussehen kann und soll?

Nicht nur, dass hier ein enormer Bildungs- und Informationsbedarf besteht, angesichts dessen populistische Politikerinnen und Politiker in ganz Europa sich nicht scheuen, aus den Befürchtungen der Menschen vor einem ebenso übermächtigen wie handlungsunfähigen Brüssel kurzfristig persönliches politisches Kapital zu schlagen. Noch dazu ist das Thema des inneren Umbaus der EU hochaktuell, denn was passiert, wenn mit der für 2004 – also in nicht einmal mehr eineinhalb Jahren! – angedachten EU-Erweiterung weitere Staaten in die Union drängen? Heute geht es um nichts weniger als um einen konsequenten Umbau der Institutionen, und damit langfristig um die Überlebensfähigkeit der Europäischen Union. Bezeichnend ist, dass in diesem Zusammenhang in einer grossen deutschen Wochenzeitschrift die ebenso provokative wie realitätsnahe Frage aufgeworfen wurde, «ob ein politisches Gebilde, das in Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie derart unzureichend verfasst ist wie die EU, überhaupt in die EU aufgenommen werden könnte.» (Michael Mönninger, in *Die Zeit*, 19/2002).

«Unzureichend verfasst» – das ist die Europäische Union in der Tat, denn trotz ihrer einmaligen Erfolgsgeschichte reicht ihre derzeitige «Staatsordnung» nicht mehr aus, um mit bis zu 27 Mitgliedern nach innen und aussen agieren zu können. Dass sie eine verbindliche geschriebene Verfassung braucht, um den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, steht zumindest für echte Europäerinnen und Europäer ausser Frage. Unter der Federführung der FIME nahmen drei Mitglieder der Föderation – die Europäische Akademie Otzen-

hausen (Deutschland), das Maison de l'Europe de Lyon (Frankreich) und das Maison de l'Europe Transjurassienne (Neuchâtel, Schweiz) – dies zum Anlass, zusammen mit anderen Partnern den erwähnten Konferenzzyklus zu initiieren, um der Diskussion einen neuen Impuls zu verleihen. Bei allen Diskussionen um das Für und Wider und um mögliche Inhalte einer europäischen Verfassung dürfen wir in der EU nicht vergessen: Wir haben direkt vor unserer Haustür ein Partnerland, das seit Jahrhunderten das Kunststück vollbracht hat, Menschen unterschiedlicher Volks- und Sprachgruppen in einer politischen Einheit zusammenzufassen, in der aber jede Gruppe auch ihre Identität bewahren konnte, ein Land, das wohl auch gerade deshalb als Musterland der Demokratie gilt – die Schweiz.

Grosse Hoffnungen setzen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungsreihe auf den Europäischen Konvent, der nach dem Gipfel von Laeken Ende 2001 mit der Aufgabe eingesetzt wurde, sich über die Zukunft Europas Gedanken zu machen und wenn möglich ein Dokument mit Verfassungscharakter zu verfassen. Dabei hat sich die Befindlichkeit in Europa drastisch verändert: Während die Gründerväter noch offen die «Vereinigten Staaten von Europa» beschworen, ist in bestimmten politischen Kreisen heute bereits das Wort «Föderalismus» verpönt. Realismus oder Kleinmut angesichts der einzigartigen Erfolgsgeschichte der Union?

Der Konvent steht vor der Herkulesaufgabe, nicht nur die Eigeninteressen der nationalen Regierungen zum Wohle der Europäischen Union auszubalancieren, sondern auch gleichzeitig den nicht unerheblichen Teil der EU-Bürgerinnen und -Bürger, die einer inneren Vertiefung zögerlich gegenüberstehen, zu überzeugen. Beides könnte durch den Entwurf einer Verfassung gelingen. Eine Verfassung würde die Aufgabenteilung zwischen Einzelstaaten und der Union festlegen und damit den EU-Institutionen eine gewichtigere Rolle zukommen lassen, als dies bisher der Fall ist. So würden der Union mehr Macht und eine wichtigere Rolle in der Welt, aber auch mehr Verantwortung für Ihr Tun – und damit Effizienz! – zuwachsen, denn sie müsste von ihren Bürgern demokratisch legitimiert sein.

Bis es zu einer Verfassung kommt, hat der Konvent durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit bereits eine breite Verfassungsdiskussion in allen Ländern ausgelöst, die ihrerseits auf die Bildung eines Zugehörigkeitsgefühls der Menschen zu Europa und damit auch auf die gewünschte demokratische Legitimität abzielt. Nur eine europäische Öffentlichkeit, die sich aktiv am politischen Leben beteiligt, kann das viel beklagte Demokratiedefizit in der Union aufhe-



ben. Das Projekt «Europa» darf nicht mehr nur mit Verwaltungs- und Wirtschaftsmassnahmen und Expertengesprächen assoziiert, sondern muss auf allen Ebenen politisiert werden. Wir sind seit der Rede Joschka Fischers an der Berliner Humboldt-Universität im Mai 2000 auf dem richtigen Wege. Jacques Chirac, Romano Prodi, Johannes Rau, Gerhard Schröder und Lionel Jospin sind nur ein Beispiel für diejenigen, die auf die Frage der Zukunftsgestaltung reagiert und damit den Diskurs angestossen haben. Um mit dem deutschen Philosophen Jürgen Habermas zu sprechen, besteht die Herausforderung «nicht so sehr darin, etwas Neues zu erfinden, sondern darin, die grossen Errungenschaften des europäischen Nationalstaates über dessen nationale Grenzen hinaus in einem anderen Format zu bewahren; neu ist nur die Entität, die auf diesem Wege entstehen wird.»

Unter welchen Aspekten der mögliche Schweizer Beitrag für die Schaffung dieser europäisch verfassten Entität beleuchtet werden kann, ist in der vorliegenden Publikation nachzulesen. Dabei möchte ich insbesondere auf die «Erklärung von Lenzburg» verweisen, mit der unser Konferenzzyklus auf der Abschlusssitzung im schweizerischen Lenzburg gekrönt wurde. In ihr haben wir unsere Ausgangspunkte und Forderungen an die Arbeit des Europäischen Konvents klar dargelegt.

Beenden möchte ich meinen Beitrag mit einem Aufruf: «Die Zeit ist reif für eine europäische Verfassung» – diesen Satz hört man dieser Tage aus aller Munde und so oft, dass wir alles daran setzen müssen, damit er nicht zu einer Phrase verkommt. In Wahrheit ist die Zeit nämlich nicht «reif», sondern sie drängt bereits! Viel Zeit bleibt uns nicht, denn die nächste Erweiterungsrunde zeichnet sich für Anfang 2004 ab. Wenn Europa auch danach noch handlungsfähig bleiben und seine Glaubwürdigkeit bei seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht verspielen will, muss bis dahin eine Verfassung oder ein Dokument mit Verfassungscharakter auf dem Tisch liegen, das diesen Namen auch verdient. Eine solche Chance der politischen Vertiefung und gleichzeitig Erweiterung der Europäischen Union ist – und ich benutze dieses Wort selten – historisch. Wir können nicht anders, als sie zu nutzen!

## Résumé

Le moment d'une Constitution européenne est arrivé

La politique européenne intervient aujourd'hui de façon toujours plus importante dans la vie quotidienne. Or, on constate d'importantes lacunes de formation et d'information des citoyens européens au sujet de l'avenir de l'UE et de son besoin de réformes, mais aussi une véritable nécessité d'agir, si l'on songe aux échéances liées à l'élargissement. Dans ce contexte, de grands espoirs reposent sur la Convention sur l'avenir de l'Europe, qui a la difficile tâche d'équilibrer les intérêts particuliers des Etats dans l'optique de l'intérêt général, mais aussi de convaincre les nombreux citoyens réticents. Arno Krause est convaincu que pour surmonter le déficit constitutionnel de l'UE en matière de démocratie et d'Etat de droit, il faut lui donner une constitution, qui clarifie la répartition des compétences entre les Etats et l'UE et confère à celle-ci non seulement plus de poids, mais aussi plus de responsabilité pour ses actes.

## Summary

The time has come for a European constitution

Today European politics intervenes more and more in daily life. However, it is also the case that big gaps can be identified in the education and information provided for European citizens' concerned with the future of Europe and its need for reforms. It is absolutely necessary to act on a central basis in view of the imminent enlargement and the deadlines set in this context. Big hopes are placed in the Convention on the future of Europe, which has the difficult task to equilibrate the particular interests of the States in view of the general interest of all, and also to convince many hesitating citizens. Arno Krause is convinced that, in order to overcome the deficit of the EU in terms of democracy and constitutional State, the EU must be given a constitution, which clarifies the distribution of powers between the States and the Union and which does not only grant it more weight, but also makes it assume more responsibility for its acts.